

**Vorträge  
von  
Marcos ARRUDA und  
Joachim BECKER**

**Solidarökonomie –  
Der neue Dritte Weg?**

**18. Jänner 2005**

Aula Uni-Campus AAKH  
1090 Wien  
Spitalgasse 2–4



Foto P. Spiola/B. Noll

Vortrag von Marcos Arruda in spanischer Sprache mit Simultanübersetzung,  
Übersetzung: Gabriele Gallo

*In Kooperation mit der Zukunfts- und Kulturwerkstätte*

**Kontakt**

AKADEMIE FÜR INTERNATIONALE POLITIK DES RENNER-INSTITUTS  
Mag. Martin Janata  
T +43-(0)1-804 65 01-13  
[janata@renner-institut.at](mailto:janata@renner-institut.at)

## Vortrag von Marcos Arruda

*Marcos Arruda ist Ökonom und Pädagoge. Er ist zur Zeit Mitarbeiter des Transnational Institutes und Koordinator der Initiative Politische Alternativen für die südliche Halbkugel (PACS). Er arbeitet eng mit den brasilianischen Arbeiter- und Genossenschaftsbewegungen und zusammen und agiert außerdem als Berater lokaler Regierungen.*



Foto P. Spiola/B. Noll

Guten Abend. Ich bedaure kein Deutsch zu sprechen, hoffe aber, dass diejenigen, die mich nicht verstehen, ihre Kopfhörer zum Empfang der Dolmetschung haben.

Ich freue mich sehr, hier zu Ihnen zu sprechen und dabei Wien besuchen zu dürfen, eine geschichtsträchtige Stadt, die einen ganz besonderen kulturellen Reichtum besitzt und uns auf der ganzen Welt viel Schönheit geschenkt hat, mit ihren Komponisten, Künstlern und Einwohnern von großem menschlichen Wert, und auch ihrem Widerstand gegen den Nationalsozialismus, der den Kampf um die Freiheit in Europa geprägt hat.

Ich freue mich auch, hier mit Ihnen einige Überlegungen und Erfahrungen zum Thema Wirtschaft aus dem Blickwinkel der Kooperation und Solidarität teilen zu können. Wir haben uns an eine Welt gewöhnt, in der Wirtschaft nichts mit diesen Werten, mit dieser Praxis der Kooperation und Solidarität zu tun hat. Der lateinische Begriff Kooperation bedeutet „arbeiten mit“; der Solidarität liegt der Gedanke zugrunde, dass wir alle miteinander verbunden, miteinander verwoben sind, weshalb wir den anderen als uns gleichgestellt anerkennen müssen, mit den gleichen Rechten, die geachtet werden müssen. Und deshalb ist der klügste Weg, mit dem anderen Vereinbarungen zu schließen, den anderen einzubinden, ihn aufzunehmen, mit ihm zu arbeiten, zusammenzuarbeiten, zu kooperieren, gemeinsame Lösungen für gemeinsame Probleme zu finden. Was wir sehen, ist jedoch eine genau gegenteilige Wirtschaft, in der sich alles um den Einzelnen, um das unmenschliche Konzept des Wettbewerbs dreht, der eine Person gegen die andere, ein Unternehmen gegen das andere, ein Land gegen das andere, eine Rasse gegen die andere ausspielt. Und das schafft ein Umfeld, eine Realität der Gewalt und des Krieges. In diesem Zusammenhang ist es sinnlos, von Frieden zu sprechen.

Ich freue mich, dass Walter (Anm.: Walter Friedl, Journalist bei der Tageszeitung „Kurier“, moderierte die Veranstaltung) in seiner Einleitung bereits einige Zahlen zur Ungleichheit, die auf der Welt herrscht, genannt hat. Ich habe weitere Zahlen. Zum Beispiel die Zahl von 7,7 Millionen Dollar-Millionären, die es weltweit gibt. In einer Welt mit 6 Milliarden Einwohnern. Diese 7,7 Millionen Millionäre kontrollieren einen Reichtum in Höhe von 28.900 Billionen, was dem dreifachen Bruttoinlandsprodukt der Vereinigten Staaten entspricht. Diese Zahl bezieht sich auf das Vermögen, auf den materiellen Reichtum.

Man muss sich fragen, was sie mit diesem Reichtum anfangen können. Es sind so wenige für so einen großen Reichtum. Ein Reichtum der zum größten Teil nicht genützt wird. Und dieser tote Reichtum bedeutet Entbehrung und Armut für Millionen von Menschen.

Nach dem Fall der Berliner Mauer hatten wir gehofft, dass der Kapitalismus endlich seine Fähigkeit unter Beweis stellen würde, den menschlichen Bedürfnissen auf effiziente und nachhaltige Weise gerecht zu werden. Was wir jedoch 15 Jahren danach sehen, ist, dass es der Welt immer schlechter geht. Die Instabilität nimmt zu, die Ungleichheit nimmt zu. Die in der heutigen Welt vorherrschende Ideologie, der Neoliberalismus, versucht alles zu zerschlagen, was über Jahrzehnte und sogar Jahrhunderte von Staaten aufgebaut wurde, die in der Lage waren, die menschlichen Bedürfnisse auf ausgewogene Weise zu befriedigen - durch öffentliche Dienstleistungen, durch eine Steuerpolitik, die der Gemeinschaft zugute kommt und die versucht, die durch die Wirtschaft, in der es um das Private und nicht um das Soziale geht, verursachten Ungerechtigkeiten auszugleichen. Jetzt sehen wir jedoch eine Welt, in der die Umwelt immer mehr zerstört wird, was zu noch mehr Leid, Katastrophen und einem weiteren Gefühl der Instabilität, Angst und der Gefahr noch tiefer gehender Krisen führt.

Vor dem Hintergrund des Kapitalsystems entstand also die Suche nach einem alternativen Weg. Diese Suche hieß Sozialismus. Was wir jedoch in der Praxis sahen, war, dass nicht die Gesellschaft das Zentrum der politischen Macht dieses Systems war, sondern dass das Zentrum vom Staat und einer Einheitspartei besetzt wurde. Das demokratische Projekt brach vollständig zusammen, und es entstand eine totalitäre Realität. Dieses System, das versuchte, die Ideologie des im Kapitalismus vorherrschenden "Ich ohne Wir" zu überwinden, drehte die Gleichung um und konstatierte „Wir ohne Ich“. Ein Kollektivismus, der die Individualität, die Einzigartigkeit jedes Menschen, der die erste Einheit jeder Gemeinschaft, jedes Kollektivs ist, verachtet. Und damit schien es für die Völker keine Hoffnung mehr zu geben. Es en-

detete das Projekt eines Sozialismus, der Gerechtigkeit, Gleichheit, Freiheit, Brüderlichkeit, Solidarität bringen hätte sollen. Wir jedoch, die an einen anderen Weg als den Kapitalismus glauben, haben darüber nachgedacht, wo wir uns geirrt haben, was schief gelaufen ist, und wir haben bemerkt, dass wir die Tiefe des demokratischen Projekts nicht verstanden hatten, und zwar dass das Zentrum, die Achse, die Hauptsubjekte weder der Staat mit seiner Partei oder seinen Koalitionsparteien noch der Privatsektor sein sollen, sondern die Zivilgesellschaft als Ganzes, die Welt der Bürgerinnen und Bürger, der Arbeiternehmerinnen und Arbeitnehmer. Ich glaube, dass das Ende des Jahrhunderts und Jahrtausends die Perspektive und den Horizont für den Wiederaufbau einer menschlichen Gesellschaft eröffnet hat, die sich nicht mehr auf den Staat, Banken und Privatunternehmen stützt, sondern auf Gesellschaften, die bewusst die Aufgabe und Verantwortung übernehmen, wieder zu Subjekten ihrer eigenen Entwicklung und ihrer eigenen Geschichte zu werden. Dies ist der erste Weg, die erste Achse der Bestätigung eines neuen Pfads, eines neuen Kurses für die Menschheit.

Der zweite Weg geht von der kritischen Überlegung aus, dass die Linken, diejenigen die nach Veränderungen trachteten, diese Veränderungen genau im Sozialen und Politischen suchten. Sie haben jedoch dabei das Wirtschaftliche außer Acht gelassen. Ohne Veränderungen im Wirtschaftlichen kann man jedoch weder das Politische noch das Soziale noch das Ökologische verändern. Wir haben uns daher beeilt, neue Wege zu suchen, indem wir zuerst die Geschichte studierten, wiederauffrischten, eine sehr schöne Geschichte genossenschaftlicher Erfahrungen in Europa, die dann in verschiedene Teile der Welt gelangten; indem wir die positiven Aspekte und Schwächen der Erfahrung des Kooperativismus suchten und indem wir dann versuchten, auf der Mikroebene die Perspektive einer betrieblichen Organisation neu zu schaffen, eines Unternehmens, das von denjenigen, die dafür arbeiten, genossenschaftlich und solidarisch geführt wird, das in Versammlungen organisiert ist, in dem Entscheidungen kollektiv in einem selbst verwalteten und in Bezug auf den Staat und jede andere Institution autonomen System getroffen werden. Uns scheint, dass hierbei eine in die Praxis umgesetzte Perspektive fehlte, und zwar, dass ausgehend von den genossenschaftlichen Mikroeinheiten allmählich horizontale Netzwerke und Produktionsketten gebaut würden, die alle derselben Kooperationslogik folgen, die den Markt nicht als rein materiellen und monetären Tauschplatz, sondern als Raum der sozialen Beziehungen, der Beziehungen zwischen den Menschen sehen, wo die materiellen Güter dazu dienen, um Bedürfnisse zu befriedigen und das Wohlergehen der Menschen zu erhöhen.

Dies ist unser Ausgangspunkt für einen Neuentwurf der Wirtschaft selbst, der Wirtschaft, die Aristoteles mit einem anderen Namen bezeichnete, als er aufzeigte, dass diese nicht die echte Wirtschaft sei, sondern Chrematistik, dass also die Sorge, das Fieber, materielle Reichtümer zu suchen und anzuhäufen, nicht Wirtschaft sei. Es ist eine Verzerrung. Denn dies ist nicht das reale Ziel der Wirtschaft. Die Wirtschaft hat im Sinne des Griechischen die Aufgabe, das Haus zu verwalten und zu hüten. Ausgehend von diesem Konzept kann man sich fragen, was in einem Haus wichtig ist: das Gebäude, das was sich an den Wänden befindet, die Einrichtung. Vielleicht. Aber all dies dient denjenigen, die das Haus bewohnen. Sie sind das Ziel des Hauses. So müsste auch in einer Gesellschaft und auf der ganzen Welt die Wirtschaft im Dienste der Bewohner dieser Häuser stehen. Wenn wir diese Perspektive weiterverfolgen, müssen wir uns fragen: Wozu im Dienste der Bewohner? Und da kommt uns der derart entstellte Begriff der Entwicklung in den Sinn. Aber welche Entwicklung? In der Welt des Kapitals steht Entwicklung für Wirtschaftswachstum, Anhäufung materieller Reichtümer. Für mich hat Entwicklung eine andere Bedeutung. Ausgehend von der Erforschung der Biologie des Lebens selbst bedeutet Entwicklung die Entfaltung der Potenziale, die jedem Organismus innewohnen. Auch in der Gesellschaft müssen wir sagen, dass sich Entwicklung auf Menschen und ihre Fähigkeiten, Begabungen, Qualitäten, Potenziale bezieht. Diese Potenziale müssen aktiviert, in die Praxis umgesetzt werden. Dies gilt für jede Person, jede Familie, jede Gemeinschaft, jedes Volk und für die gesamte menschliche Spezies auf diesem Erdball. Von Geburt an ist unsere Herausforderung uns weiterzuentwickeln. Hieraus ergibt sich die Schlüsselfrage, die politische Frage: Wer entwickelt wen? Wie uns die gegenwärtige Welt lehrt, entwickeln die Entwickelten die Unterentwickelten. Dies ist ein Irrtum, der aufgezeigt, der entlarvt werden muss. Niemand entwickelt jemand anderen. Und gleichzeitig entwickelt sich niemand allein und isoliert. Wir haben also ein Projekt, das im Herzen des Projekts einer anderen Wirtschaft ein politisches ist. Das Projekt ist, dass jeder Mensch, jede Bürgerin und jeder Bürger in jedem Land auf der ganzen Welt zum Subjekt ihrer und seiner eigenen individuellen und kollektiven Entwicklung wird und nicht nur die Rechte, sondern auch die Pflichten als Subjekt wahrnimmt. Wenn man das Thema Entwicklung so betrachtet, gewinnt es eine andere Dimension.

Ich möchte Ihnen ein kleines Beispiel geben, damit Sie verstehen, wovon ich spreche. Nehmen Sie ein Unternehmen wie Nestlé, das in Brasilien Schokolade herstellt. Sie sagen, sie seien ein Entwicklungsfaktor für Brasilien. Sie brachten ihre Kapazität mit, bauten Fabriken und nahmen dann unseren Kakao, unseren Zucker, unser Aluminium für die Verpackung,

unser Papier für die äußere Verpackung. Mit ihrem Know-how stellen sie Schokolade her und verkaufen diese. Ich glaube nicht, dass dies ein Beitrag zur Entwicklung ist.

Wie sollte es also sein? Nestlé würde sein Know-how mitbringen und brasilianische Arbeitskräfte, Manager, Ingenieure anstellen. Es würde einige Jahre produzieren und seine Gewinne in die Schweiz zurückschicken. Sobald die Brasilianer die Technik erlernt haben würden, um nachhaltig ein hochqualitatives Produkt herzustellen, würde Nestlé – im Hinblick darauf, dass es bereits ausreichend Gewinne erzielt hat, um seine Investitionen abzudecken - das Land verlassen und die Fabrik den Brasilianern überlassen. Ich spreche jetzt von Schokolade, einem Genussmittel, ich meine damit aber alle Produkte. Hierbei kommt ein grundlegendes Thema ins Spiel, das Thema Autonomie. Ohne Autonomie kann es keine Entwicklung geben. Autonomie jedes Menschen, der Kinder in Bezug auf ihre Eltern, in dem Maß, in dem sie heranwachsen, der Arbeitnehmer in Bezug auf die Arbeitgeber, der Völker in Bezug auf die Staaten.

Dies führt uns zu der Frage, welche Rolle der Staat in diesem Entwicklungsprozess spielt. Der Staat hätte eine andere Rolle, als das Hauptsubjekt der Entwicklung zu sein. Auch eine andere Rolle, als ein Kanal zur hauptsächlichlichen Begünstigung des privaten Sektors zu sein, wie dies derzeit in fast ganz Lateinamerika der Fall ist. Der Staat hätte die Aufgabe, die Vielfalt der Akteure im Entwicklungsprozess zu fördern und dafür zu sorgen, dass die kollektive Entwicklung des Landes harmonisch und nachhaltig im Einklang mit der Natur verläuft.

Hier haben wir also die Erfahrungen, die wir in einigen Ländern der Welt mit neuen Wirtschaften innerhalb der alten Wirtschaft gemacht haben. Wir sind davon überzeugt, dass eine neue globale Wirtschaft, eine neue Globalisierung nicht vom Mars fallen und nicht vom Himmel auf uns herunterregnen wird. Sie muss aus den Samen aufgebaut werden, die in der Welt des Kapitals versteckt sind. Hier müssen wir agieren, um das Neue innerhalb des Alten zu schaffen. Wir müssen also die selbst verwaltete Organisation der Arbeitnehmer in der Stadt und auf dem Land, der Konsumenten, der Menschen, die im Handel, im Finanzbereich tätig sind, multiplizieren und neue Dynamiken schaffen, deren Grundwerte, Achsen, Beziehungsformen Kooperation, Solidarität und Gegenseitigkeit sind. Wir müssen Netzwerke und Produktionsketten schaffen, die diejenigen, die die Rohstoffe erzeugen, und die verschiedenen Glieder jedes Produkts bis hin zum Konsumenten miteinander verbinden, wobei alle kooperativ und solidarisch miteinander vernetzt sind. Wir müssen horizontale Netzwerke schaffen, die den Konsum mit der Produktion, die Produktion mit der Vermarktung und mit den Finanzen und mit der Forschung und mit der technologischen Entwicklung und mit der

Bildung verbinden, die dem Empowerment der potenziellen Subjekte einer Solidarökonomie, der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer dient. Und schließlich muss die Kommunikation einen grundlegenden Wandel durchmachen, damit denjenigen eine Stimme verliehen wird, die keine Stimme haben, um Dialog hervorzurufen, wo es Befehle und Vorschriften gibt, in einem vertikalen autoritären, patriarchalen System, das den Einheitsgedanken, eine einzige Wahrheit, einen einzigen Weg vertritt. Unser System ist das Paradigma der Vielfalt. Die Vielfalt als Lebensprinzip. Wenn wir eine Wirtschaft für das Leben wollen, dann muss diese Wirtschaft eine pluralistische sein, die die Vielfalt achtet, die nicht auf Kosten der Vielfalt Einheiten schafft, sondern ausgehend von der Vielfalt, die die Vielfalt achtet. Dies ist kompliziert, führt zu Konflikten und Widersprüchen. Wir müssen darauf vorbereitet sein, uns Konflikten zu stellen, nicht mit Autoritarismus und Vorschriften, sondern mit Dialog und der Suche nach Übereinkommen, Konsens, dem Bau von Allianzen für gemeinsame Projekte, die auf das Wohlergehen, das Wohlbefinden, das Glück aller und jedes Einzelnen abzielen.

Als Beispiel nenne ich Gemeinschaften, die solidarische Tauschkreise organisieren und eine gemeinsame Währung verwenden. Da die Kaufkraft der Menschen aufgrund des Wertverlusts ihrer Gehälter und des Verlusts ihrer Arbeitsplätze ständig abnimmt, setzen sie ihre Fähigkeiten ein, um Dinge zu erzeugen, die sie dann in Tauschkreisen oder -kollektiven verkaufen. Zur Erleichterung des Austauschs schaffen sie eine Währung, die sie dann verwenden, um die Produktions- und Tauschkapazität gemäß ihren Bedürfnissen zu erleichtern und auszudehnen. Was als kleine Erfahrung in Kanada begann, ist heute ein globales Phänomen, das auf verschiedenen Kontinenten auf gleiche Art und Weise reproduziert wird. Wie gesagt sind dies alles kleine Beispiele, und einige schelten mich und sagen, dass ich durch nichts von dem sagen könne, dass es möglich ist, die großen Strukturen der Länder und der gesamten Welt zu ändern, da diese viel größer sind. Ich sage darauf: „Ja, das stimmt.“ Aber diese Strukturen durchleben eine tiefgehende Krise. Sie sind nicht dauerhaft. Sie tendieren dazu, früher oder später zusammenzubrechen. Und dann wird es eine große Finsternis auf der Welt geben. Und es sind diejenigen, die versuchen, etwas Neues im Alten zu schaffen, die dann, wenn sich die Menschen an die Finsternis gewöhnen, beginnen zu sehen, dass es hier und da kleine Lichter gibt. Und sie werden dann nach einer anderen Art und Weise suchen, um eine bessere Welt als die derzeitige zu schaffen, eine Welt, in der die Menschheit wieder neu entsteht, in der der Mensch wieder zum zentralen Wert wird, denn er hat die Aufgabe, menschlich zu werden und den gesamten Erdball menschlich zu machen, denn dies ist seine tiefgehende Berufung. Dies kann meiner Meinung nach eine Wirtschaft, die auf Kooperation, Gegenseitigkeit und Solidarität aufgebaut ist, erreichen. Dies ist kein Zukunftspro-

jekt, es ist ein Projekt für jeden Tag. Die Zukunft gibt es nicht. Die Zukunft gestalten wir mit unseren täglichen Taten. So können wir eine neue Wirtschaft, eine neue Kultur schaffen, die Werte Kooperation, Solidarität und Liebe praktizieren und tagtäglich in unseren Taten diese neue Welt schaffen, die für alle glücklicher sein wird.

Vielen Dank.

## Vortrag von Joachim Becker

*Joachim Becker ist außerordentlicher Professor für Volkswirtschaft an der Wirtschaftsuniversität Wien mit den Forschungsschwerpunkten Entwicklungsökonomie, Regulations-  
theorie, Staatstheorie, Regionale Integration, Südliches Afrika  
und Mercosur.*



Foto P. Spiola/B. Noll

Ja, ich danke auch für die Einladung, hier einen Kommentar zu Marcos Arruda abgeben zu dürfen. Ich bin gebeten worden, einige kritische Kommentare abzugeben und dies möchte ich auch tatsächlich tun.

Ich möchte mit einer Beobachtung beginnen, nämlich, dass in der Zeit des organisierten Kapitalismus darüber gesprochen worden ist, wie man die Staatsmacht erobern kann um dann, unter anderem, makro-ökonomische Politik in die Wege zu leiten.

Aber es ist viel weniger darüber gesprochen worden, wie beispielsweise eine Demokratisierung der Arbeitswelt möglich ist. Heute, wenn man so möchte, in der Phase des desorganisierten Kapitalismus wird von Teilen der Linken eher von Selbstverwaltung, Genossenschaften, solidarischer Ökonomie gesprochen. Es gerät aber die Frage aus dem Blickfeld, in welchem Umfeld, in welchem makro-ökonomischen Umfeld wir uns bewegen, welche Bedingungen staatlicher Politik gegeben sein müssten.

Ist denn, das ist die Schlüsselfrage, solidarische Ökonomie überhaupt entwicklungsfähig in einem breiteren Zusammenhang einer kapitalistischen Wettbewerbswirtschaft und Wettbewerbsgesellschaft. Von daher ist für mich auch die Frage des Staates eine Schlüsselfrage: Ist nicht sowohl eine Veränderung auf der Mikroebene – das wäre beispielsweise in Richtung solidarische Ökonomie, als auch eine Veränderung makro-ökonomischer Politik, das heißt, auch eine Demokratisierung der Wirtschaftspolitik erforderlich?

Diese Fragestellung will ich jetzt ganz kurz mit einigen eher theoretisch konzeptionellen Bemerkungen und dann sozusagen auch mit einigen historisch praktischen Bemerkungen illustrieren.

Auch selbst verwaltete Betriebe oder Genossenschaften sind darauf angewiesen, ihre Waren zu verkaufen. Sie sind darauf angewiesen, einen Überschuss zu erzielen. Keinen Überschuss, um den Kapitaleigner, den Kapitalisten zu alimentieren, sondern sie brauchen auch

einen Überschuss, den sie investieren können. Den Druck, zu investieren, Maschinen zu erhalten, Rohstoffe zu kaufen etc., dem unterliegen auch sie. Das heißt auch, dass sie bestimmte Normen erfüllen müssen, um einen solchen Überschuss erzielen zu können. Und das kann sie vor sehr unangenehme, schwierige Entscheidungen stellen. Beispielsweise, wie groß die Belegschaft sein kann, ob Personen aus dem Arbeitskollektiv ausgeschlossen werden müssen, ob es Arbeitszeitverkürzungen geben soll, wo die Grenzen der Belohnung, der Arbeitsleistung liegen. Das kann solche kollektiven Gruppen der Arbeit auch in sehr große Konflikte stürzen. Und das sind auch keine banalen Fragen. Wenn man sich jetzt in Argentinien die so genannten *Empresas Recuperadas* – also besetzte Betriebe, die jetzt in Arbeiterselbstverwaltung übernommen worden sind – anschaut, ist die Belegschaft im Schnitt auf ein Viertel des früheren Standes reduziert worden. Das heißt drei Viertel haben das Unternehmen verlassen oder verlassen müssen. Sie sind angewiesen, Rohstoffe zu kaufen, in Beziehung mit den Lieferanten zu treten, etc. und das erweist sich als ein enormes Problem.

Historisch haben wir diese Erfahrung gemacht. Die Genossenschaftsbewegung ist ja schon im 19. Jahrhundert entstanden. Es gibt auch gemeinwirtschaftliche Unternehmen oder es hat sie gegeben, die aus der Sozialdemokratie heraus entstanden sind. Ein Teil dieser Genossenschaften hat sich erhalten, nur sie haben sich zum Teil auch von ihren Ursprüngen emanzipiert. Wenn man sich das Raiffeisenwesen in Österreich anschaut, so ist das ja auch aus den Genossenschaften heraus entstanden. Nur, wie es heute funktioniert, meine ich, unterscheidet es sich eigentlich nicht mehr – außer in der Rechtsform – von einem normalen kapitalistischen Unternehmen. Und ist das dann ein Erfolg oder ein Misserfolg?

Es hat auch die sozialdemokratische Variante der Konsumgenossenschaften und Banken gegeben. Davon ist weniger übrig geblieben, aber auch das war ein Versuch, doch mit zumindest anderen Arbeitsbedingungen und auch anderen Zielen zu wirtschaften. Das ist in der Phase, in der der Wettbewerb etwas stärker reguliert war, sagen wir in den 50er, 60er oder auch noch 70er Jahren, erfolgreicher gewesen als danach. Danach hat die Krise eingesetzt. Und man sieht auch, dass offensichtlich das wirtschaftspolitische Umfeld eine Rolle spielt.

Es hat auch mit starken politischen Ansprüchen Ende der 60er, Anfang der 70er Jahre einzelne Versuche der Selbstverwaltung in Europa gegeben, die aus den neuen sozialen Bewegungen heraus entstanden sind. Davon ist so gut wie nichts übrig. Dann muss man sich

auch fragen wie das kommt. Der vielleicht am weitesten gehende Fall einer Veränderung, sowohl der Unternehmensstrukturen als auch der makro-ökonomischen Politik, war meines Erachtens wahrscheinlich in Lateinamerika, während der Zeit der Unidad Popular in Chile 1970 bis 1973. Der Weg durch freie Wahlen zum Sozialismus zu kommen, hat durchaus zu dramatischen Veränderungen in der Arbeitswelt geführt. Zu intervenierten Betrieben. Zu Formen der Selbstverwaltung – aus der Not heraus geboren – oder zum Versuch einer anderen makro-ökonomischen Politik, sowie der Stärkung der Massennachfrage, was auch an bestimmte Grenzen gestoßen ist und letztlich auch die Veränderung einer Politik der Destabilisierung seitens der USA, aber auch europäischer Länder ausgelöst hat.

Es hat außerdem, was manchmal vergessen wird, in Osteuropa Diskussionen der Arbeiterselbstverwaltung gegeben. Im Fall von Jugoslawien, eine partielle Arbeiterselbstverwaltung im Bereich des Betriebes, aber null Demokratisierung der Wirtschaftspolitik. In Polen ist sie 1956 und, etwas weniger 1980/81 um Solidarnosc, tatsächlich diskutiert worden: Die Frage, nicht nur der Selbstverwaltung von Unternehmen, sondern auch, wie Arbeiterselbstverwaltung verbunden werden kann mit einer veränderten makro-ökonomischen Politik und auch einer Demokratisierung der Wirtschaftspolitik, wird aufgeworfen. Damit auch die Frage nach einer Demokratisierung des Staates, der aber dann gleichzeitig in seinen Regeln auch eine bestimmte Verbindlichkeit, nämlich gesamtgesellschaftliche Verbindlichkeit hat mit Veränderungen auf der Mikroebene. Das heißt Demokratisierung der Arbeitswelt. Meines Erachtens ist das das Kernelement, dass man sowohl eine Demokratisierung der Arbeitswelt, als auch eine Demokratisierung des Staates braucht. Und ich würde da auch Staat und Zivilgesellschaft nicht gegeneinander setzen.

Wenn man die Zivilgesellschaft im Sinne von Gramsci sieht, ist sie ein Feld, in dem verschiedene gesellschaftliche Organisationen miteinander ringen – Gewerkschaften, Arbeitgeberverbände, Kirchen, etc. – wo öffentliche Meinung, gesellschaftliche Normen formiert werden, und insofern ist es auch ein wichtiges Feld für gesellschaftliche Veränderung. Aber eine Veränderung, die auch darauf zielt, staatliche Politik zu verändern und zwar dauerhaft. Und damit möchte ich eigentlich auch schließen mit der Notwendigkeit, diese Mikro-Makroebene dialektisch zu denken.

Vielen Dank.